

Gräfenhausen ist kein Einzelfall!

Für faire grenzüberschreitende Arbeit in Europa

Bericht zur hybriden Fachkonferenz am 12. Oktober 2023



Der Autobahnrastplatz Gräfenhausen an der A5 in Hessen ist zu einem Symbol geworden für den Protest gegen unfaire Arbeitsbedingungen und für ein besonders drastisches Beispiel von Arbeitsausbeutung im internationalen Straßentransport. Im Frühjahr hatten 70 LKW-Fahrer aus Usbekistan und Georgien, die für eine polnische Unternehmensgruppe arbeiteten, aufgrund ausstehender Bezahlung und intransparenter Abzüge, ihre Arbeit wochenlang niedergelegt. Im August und September wiederholte sich die Situation. Wieder waren es Fahrer aus Drittstaaten, die in der EU arbeiten und gegen ihre Arbeitsbedingungen bei der polnischen Firmengruppe protestierten. Diese außergewöhnlichen Proteste haben die problematischen Arbeitsbedingungen im internationalen Straßentransport stärker als bisher in die öffentliche Debatte gebracht.

Nun zeigen die Erfahrungen gewerkschaftsnaher Beratungsstellen: Gräfenhausen ist kein Einzelfall. Es kommen Geschäftsmodelle zum Vorschein, die nicht nur im internationalen Straßentransport eine wichtige Rolle spielen, sondern auch in anderen Branchen, wie der landwirtschaftlichen Saisonarbeit, dem Baugewerbe oder der häuslichen Betreuung. Dabei spielen der Einsatz und die Ausbeutung von Beschäftigten, die aus Drittstaaten kommen, eine zunehmend große Rolle.

Was waren die Gründe für die Proteste in Gräfenhausen und was folgt daraus? Wie ist die Situation in anderen Branchen zu bewerten? Welche Reformen sind notwendig, um grenzüberschreitend mobile Beschäftigte und auch Arbeitsmigrant*innen aus Drittstaaten besser vor Ausbeutung zu schützen? Wie

kann eine bessere Rechtsdurchsetzung gelingen? Diese und andere Fragen waren Gegenstand der Fachkonferenz „Gräfenhausen ist kein Einzelfall! Für faire grenzüberschreitende Arbeit in Europa“.



Anja Piel, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB, betonte in ihrer Einführung, dass die ausbeuterischen Beschäftigungsverhältnisse der LKW-Fahrer in Gräfenhausen, die im ersten Teil der Veranstaltung ausführlich diskutiert werden, durchaus vergleichbar sind mit denen vieler anderer grenzüberschreitend arbeitenden Beschäftigten innerhalb der EU. Zwar sind in den vergangenen Jahren einige wichtige Weichen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in diesem Bereich gestellt worden. Dazu zählen auf EU-Ebene die *Revision der Entsenderichtlinie*,

die Verabschiedung des *Mobility Packages* oder die Einrichtung der *Europäischen Arbeitsbehörde (ELA)* und auf nationaler Ebene die Verabschiedung des *Arbeitsschutzkontrollgesetzes (AsKG)* oder des *Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)*. Allerdings – so Anja Piel – ist trotz der neuen Instrumentarien noch lange nicht alles besser und noch viel zu tun in Bezug auf gute Arbeit. Sie hob hervor, dass die Chancen und Möglichkeiten, die in Deutschland mit der Einrichtung von gewerkschaftsnahen Beratungsstrukturen bei der Bekämpfung von Arbeitsausbeutung geschaffen wurden, unverzichtbar für diese Arbeit sind und dass es wünschenswert ist, entsprechende Strukturen auch in anderen EU-Staaten zu entwickeln. Hierfür ist allerdings eine dauerhafte Förderung der EU-Kommission notwendig. Ein weiteres wichtiges Thema sind *effizientere und besser koordinierte Kontrollen* und damit eng verbunden auch insgesamt eine verbesserte *Rechtsdurchsetzung gegen Missbrauch und Ausbeutung*. Zudem hob sie hervor, dass Gräfenhausen gezeigt hat, dass das neue *Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz* eine wichtige Rolle bei der Verbesserung von Arbeitsbedingungen auch innerhalb von Europa einnehmen kann, was weiterentwickelt werden sollte.



Auf dem ersten Panel „Gräfenhausen – was folgt daraus?“ diskutierten **Michael Wahl** (Faire Mobilität/Branchenkoordinator für den Internationalen Straßenverkehr), **Edwin Atema** (Road Transport Due Diligence/FNV), **Stefan Körzell** (Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB), **Andrea Kocsis** (Stellvertretende Vorsitzende von ver.di) und **Jens Liedtke** (DGB-Regionsgeschäftsführer Südhessen) aus unterschiedlichen Perspektiven über die Geschehnisse in Gräfenhausen. Alle Beteiligten



waren der Diskussionsrunde waren auf verschiedenen Ebenen intensiv mit den Ereignissen beschäftigt. **Michael Wahl** stellte den Beratungsansatz von Faire Mobilität für den Internationalen Straßenverkehr vor und verwies darauf, dass Arbeits- und Lebensverhältnisse, wie sie in Gräfenhausen vorgefunden wurden, überall auf den Rastplätzen in Deutschland anzutreffen sind. Er hob hervor, dass es bei den in Deutschland für die Kontrollen

zuständigen Behörden quantitativ und qualitativ an Kontrollkapazitäten fehlt. Ein Druck auf Unternehmen zur Einhaltung von Mindestbedingungen kann sich so nicht entwickeln. **Edwin Atema** sagte, dass



Gräfenhausen gezeigt hat, dass es sich im Kern um Menschenrechtsverletzungen handelt. Bei Gräfenhausen I haben die auftraggebenden Unternehmen noch sagen können, sie hätten es nicht gewusst. Dies war bei Gräfenhausen II nicht mehr möglich. Mazur hat sich bei Gräfenhausen II bis zum Schluss geweigert, den von den Fahrern geforderten Betrag zu bezahlen. Schlussendlich haben Auftraggeber aus der Lieferkette einen ausreichenden Betrag bereitgestellt. Auch **Edwin Atema** machte deutlich, dass Mazur kein Einzelfall ist, sondern dass man fast auf jedem Parkplatz Fahrer*innen treffen kann, die unter

vergleichbaren verbrecherischen Bedingungen arbeiten. **Andrea Kocsis** hob hervor, dass die Missstände im Straßentransport schon lange bekannt sind und ver.di sich auf verschiedenen Ebenen für eine Verbesserung einsetzt. So ist Verdi über den nationalen Rahmen hinaus in den europäischen und internationalen Branchenverbänden ETF und ITF eingebunden und versucht, die Verhältnisse in Zusammenarbeit mit Partnern in anderen Ländern zu verbessern. Bezogen auf Deutschland betonte sie, dass die Probleme von den Gewerkschaften alleine nicht gelöst werden können. Vielmehr braucht es einen besseren ordnungspolitischen Rahmen. Gleichzeitig hat man in Deutschland einen Verkehrsminister, der sich für die



Probleme nicht interessiert. **Stefan Körzell** sprach sich für deutlich bessere Kontrollen und schärfere Sanktionen aus. Die Fahrer die er in Gräfenhausen getroffen hat, sind teilweise seit zehn Monaten ununterbrochen im Einsatz gewesen. Er unterstrich zudem die wichtige Rolle, die das *Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz* und das *Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)* gespielt haben und spricht die Hoffnung aus, dass die Verhältnisse mit diesem Gesetz verbessert werden können. Zudem verwies er auf die Forderung des DGB und anderer Organisationen nach einer „*Sozialmaut*“ zur Finanzierung von verbesserten Lebensverhältnissen der Fahrer*innen auf den Raststätten. **Jens Liedtke** hob hervor, dass die Unterstützungs-



struktur für die Fahrer in Gräfenhausen eine starke Teamleistung gewesen ist, die von einer Welle der Solidarität getragen wurde. Ein großes Problem war die medizinische Versorgung der Fahrer aber auch regelmäßiges Duschen und die Versorgung mit Trinkwasser und Lebensmitteln mussten gewährleistet werden. Das Netzwerk hat bis zum Schluss funktioniert, allerdings waren am Ende deutliche Ermüdungserscheinungen zu erkennen. Gräfenhausen hat dafür gesorgt, dass das Bewusstsein für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Fahrer*innen deutlich gestiegen ist. Es darf seitens der Politik nun keine Ausreden mehr geben, so **Jens Liedtke**.





Im anschließenden Panel diskutierten **Benjamin Luig** (Branchenkoordinator Landwirtschaft Faire Mobilität/Europäischer Verein für Wanderarbeiterfragen (EVW)), **Kateryna Danilova** (Faire Integration/EVW) und **Dragana Bubulj** (Regionalleiterin Südwest/Faire Mobilität) zur Situation von grenzüberschreitend mobilen Beschäftigten und Arbeitsmigrant*innen in anderen Branchen.



In der Landwirtschaft – so berichtete **Benjamin Luig** – kommen jedes Jahr zwischen 300.000 und 400.000 Saisonarbeiter*innen aus Ost- und Südosteuropa, vermehrt aber auch aus Drittstaaten, nach Deutschland. Ihre Verhandlungsmacht gegenüber den Arbeitgebern ist gering, entsprechend schlecht sind in vielen Fällen die Arbeitsbedingungen. **Benjamin Luig** koordiniert die Initiative Faire Landarbeit, ein loses Bündnis verschiedener Organisationen, das in den Erntephasen Informationsaktionen für saisonale Landarbeiter*innen durchführt. Der auch in der Landwirtschaft gültige Mindestlohn wird häufig über Akkordvorgaben und

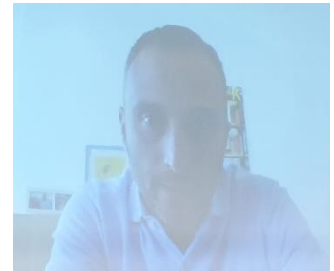
Abzüge für Kost und Logis umgangen. Auch die Frage der Krankenversicherung ist bei den sogenannten „kurzfristig Beschäftigten“ nach wie vor nicht abschließend und befriedigend geklärt. Teilweise werden Unterkünfte angetroffen, die als menschenunwürdig bezeichnet werden müssen. **Dragana Bubulj** berichtete über die Situation von entsandten Beschäftigten aus Drittstaaten. Die Entsendung findet entweder auf Grundlage eines bilateralen Abkommen zwischen dem Drittstaat und Deutschland statt oder aufgrund der in der EU gültigen Dienstleistungsrichtlinie, indem Beschäftigte aus einem Drittstaat von einem Unternehmen innerhalb der EU in einen anderen EU-Staat entsandt wird. In beiden Fällen entsteht eine starke Abhängigkeit der Beschäftigten von den jeweiligen Arbeitgebern. Die Beschäftigten sind weitgehend den Arbeitgebern ausgeliefert und die Entsenderichtlinie entfaltet für diese Konstruktionen keinen angemessenen Schutz.



Kateryna Danilova stellte zunächst das Beratungsnetzwerk Faire Integration vor, dessen Aufgabe darin besteht, Geflüchtete und andere Beschäftigte aus Drittstaaten arbeitsrechtlich zu beraten. Auch sie hob hervor, dass in vielen Fällen der ungesicherte Aufenthaltsstatus zu einer zusätzlichen Abhängigkeit von Arbeitgebern führt, u. a., wenn die Aufenthaltsgenehmigung mit dem Arbeitsvertrag verknüpft ist.

Dadurch reduziert sich die Verhandlungsmacht der Beschäftigten auf ein Minimum, was von vielen Arbeitgebern ausgenutzt wird.

Federico Pancaldi von der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) hielt im nächsten Programmpunkt einen Vortrag zu der zunehmenden Bedeutung der Entsendung von Drittstaatsangehörigen und den hierzu bestehenden Herausforderungen in der Praxis. Er stellte wesentliche Ergebnisse einer umfangreichen Studie vor, die die ELA zu dem Thema durchgeführt hat (<https://bit.ly/497WqeS>). Das Thema ist unter anderem komplex, weil hier drei verschiedene Rechtsgebiete (Arbeitsrecht, Sozialrecht, Aufenthaltsrecht) betroffen sind und die Koordinierung der verschiedenen zuständigen Behörden herausfordernd ist. Auch die Interpretation des geltenden Rechts durch die Mitgliedstaaten fällt sehr unterschiedlich aus. Sinnvoll sind daher aus Sicht der ELA Interpretationshilfen für die Mitgliedstaaten. Regulierungsversuche der Kommission sind in der Vergangenheit gescheitert. Die ELA kann an dieser Stelle nur Handlungsempfehlungen geben. Auf Nachfrage erklärte **Federico Pancaldi**, dass die Verknüpfung der Aufenthaltsperspektive mit dem Arbeitsverhältnis bei entsandten Drittstaatsangehörigen ein Problem darstellen könne.



In der anschließenden Gesprächsrunde *“Für faire grenzüberschreitende Arbeit: Regelungslücken auf EU-Ebene oder nationale Durchsetzungsprobleme?”* zogen **Dr. Carsten Stender**, Abteilungsleiter für Europa und Internationales im BMAS, **Anja Piel**, DGB, **Gaby Bischoff** MdEP und **Dennis Radtke** MdEP Bilanz zu den erfolgten Reformen und diskutierten die Frage, was notwendig ist, um die Rechte von mobilen Beschäftigten und Arbeitsmigrant*innen weiter zu stärken. **Gaby Bischoff** zeigte sich beeindruckt vom Engagement der Gewerkschaften und Kirchen, das auch ursächlich für die große Solidarisierung und mediale Aufmerksamkeit war. Gräfenhausen hat erneut gezeigt, dass Ausbeutung Teil der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist. Gerade für Drittstaatsangehörige



braucht es Schutzregeln, die das Arbeitsverhältnis vom Aufenthaltsstatus trennen. Außerdem muss auf EU-Ebene wirksam gegen Dienstleistungsverträge, wie sie in Gräfenhausen zum Einsatz kamen, vorgegangen werden. Solche Verträge der „dritten Kategorie“ verzerren den Wettbewerb in der EU. Auch **Dr. Carsten Stender** lobte das Engagement der vielen verschiedenen Akteure, die in Gräfenhausen gemeinsam gewirkt haben. Für die Anwendung des *Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes* gibt es durch Gräfenhausen ein Momentum, auch wenn er sich ein stärkeres



Gesetz gewünscht hätte. Die Lücken auf nationaler Ebene sollten jetzt auf EU-Ebene geschlossen werden. Carsten Stender hob die Bedeutung der ELA bei der Rechtsdurchsetzung hervor und setzte sich für eine Stärkung des Mandats durch ein eigenes Initiativrecht der ELA für gemeinsame Kontrollen ein. **Anja Piel** betonte ebenfalls, wie wichtig Kontrollen und die wirksame Rechtsdurchsetzung sind. Dafür braucht es weitere Reformen und die bestehenden Gesetze müssen konsequent genutzt werden. Dem *LkSG* kommt dabei eine große Bedeutung zu.

Zudem muss das EU-Lieferkettengesetz in dieser Legislatur dringend verabschiedet werden. Digitale Lösungen für bessere Kontrollen, wie der Europäische Sozialversicherungspass, müssen zügig auf den Weg gebracht werden und dürfen nicht verzögert werden. Für grenzüberschreitend mobile Beschäftigte braucht es in ganz Europa gewerkschaftsnahe Beratungsstellen. Diese müssen durch eine eigene Budgetlinie dauerhaft europäisch finanziert werden. **Dennis Radtke** betonte ebenfalls die Notwendigkeit von europäischen Beratungsstrukturen und wies auf die Initiative des Europäischen Parlaments zur Unterstützung dieses Vorhabens hin. Trotz aller Missstände ist es wichtig, auch die Errungenschaften der aktuellen Legislatur zu würdigen, so Dennis Radtke. Mit dem *Mobility Package* konnten einige Verbesserungen erreicht werden. Wichtig ist die Durchsetzung der Regelungen, so müsse Speditionen, die sich nicht an die Regeln halten, konsequent die Transportlizenz entzogen werden. Dennis Radtke betonte zudem, dass er sich aktuell gemeinsam mit Agnes Jongerius MdEP im Rahmen einer Resolution des Europäischen Parlaments für eine Stärkung des Mandats der ELA einsetzt.



Alle Fotos von Maren Strehlau